

„COPYRIGHT“

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwendet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise oder in Auszügen abgeschrieben, oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks Köln benutzt werden.

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK
Hauptabteilung Politik

Redaktion: Ansgar Skriver

COPYRIGHT bei:

Firma Convision, Hans-Werner Conen,
Stelzmann-Strasse 66, 5 Köln 41

DER GELÄHMTE RIESE

Blockiert das Postmonopol technischen
Fortschritt?

Von Hans-Werner Conen

Sendung: Donnerstag, den 25.11.1976 20.15-21.15 Uhr I. Programm

So lange ist es noch gar nicht her, da schien die Bundesrepublik Deutschland Amerika den Rang ablaufen zu wollen - und zu können -, das Land der "unbegrenzten Möglichkeiten" zu sein: Watergate und Vietnam, Rassenunruhen und soziale Ungerechtigkeiten verdüsterten das Bild der neuen Welt. Die Deutschen hingegen schafften, beneidet vom Rest der Welt, fast alles: sozialen Frieden im Innern, eine Exportindustrie mit alljährlich neuen Rekorden, Wohlstand allerorten.

Es war die Zeit, in der die Zukunft Hochkonjunktur hatte: Schon hatten Wissenschaftler ausgerechnet, in wie wenigen Jahren es genug Straßen, Schulen oder Krankenhäuser im Lande geben werde, wann Umweltprobleme gelöst und soziale Spannungen auf immer verschwunden sein würden. Da galt es, die vermeintlich eine große Aufgabe anzupacken, die an der schönen neuen Welt noch fehlte: Mehr Demokratie durch mehr Information, mehr Freiheit für jeden durch mehr Kommunikation.

Da hatten die Planer im Geiste bereits für unvorstellbare Milliardenbeträge die Bundesrepublik bis auf den letzten Einödhof breitband-verkabelt, sie sahen die Menschen bild-telefonieren, per Datengerät beim Lebensmittelhändler elektronisch einkaufen, sich Fern-Briefe schreiben oder drahtlos aus der Jackentasche mit daheim sprechen. In der Phantasie flimmerten 20 und mehr Fernsehprogramme über Flachbildschirme, ergänzt um eine Vielzahl von Möglichkeiten des "Mach-es-selbst-Fernsehens" für Stadtteile und Häuserblocks.

Es war ein wichtiges Stück der reformerischen Aufbruchstimmung, die Technik, die so lange den Menschen beherrscht hatte, nun ganz in dessen Dienst zu stellen: Nachbarschaftsidylle durch Hohlleiterkabel, wieder miteinander reden per Gigahertzwellen.

Als nach der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 Postminister Professor Ehmke die "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" - kurz KtK genannt - berief, da schien es nur noch um ein wenig Ordnung in der schier überquellenden elektronischen Wundertüte zu gehen, auf daß deren Gaben die Bürger nicht unvorbereitet trafen. Das für bald erwartete Kommunikations-

schlaraffenland sollte so etwas wie eine Gebrauchsanweisung bekommen, die "Information Society", die informierte Gesellschaft, schien nahe.

"Die Feststellungen und Empfehlungen der Kommission lassen ihr Bestreben erkennen, das technisch Machbare an dem wirtschaftlich Sinnvollen zu messen. Dies verleiht dem Bericht eine prägnante Nüchternheit".

So würdigt die Bundesregierung heute, drei Jahre nach dem Aufbruch ins Wunderland, den KtK-Bericht - die Kommunikationseuphorie ist allenthalben verfliegen. Auf 159 Seiten präsentieren die 42 Experten so gut wie nur Desillusionierung: die Denker haben den eisernen Vorhang vor den elektronischen Paradiesen niederrasseln lassen - und davor steht nichts als das gute alte Telephon, das just zu seinem einhundertsten Geburtstag wieder zum Träger aller Hoffnungen wird.

Quintessenz der Studie: Ausbau des Fernsprechnetzes, Abschied von der Breitbandkommunikation.

Damit ist - von der Kommission vorgezeichnet, von der Bundesregierung ausdrücklich übernommen - die Richtung klar: Nun beginnt der Kampf um den Markt der Zukunft, die Kommunikation - und dabei geht es um sehr viel Geld. Rund 13 % des Bruttosozialprodukts wendet allein die Wirtschaft hierzulande für Kommunikation auf, 125 Milliarden Mark im Jahr.

Durch ein im Jahre 1892 verliehenes Monopol, das bis heute zu juristischer wie technischer Perfektion gediehen ist, ist es zunächst einmal die staatliche Post, der das Supergeschäft ins Haus steht. Doch es mehren sich die Stimmen derer, die meinen, eine staatliche Verwaltung, ein Beamtenapparat sei nicht die optimale Organisationsform angesichts der bevorstehenden Aufgaben, die gelbe Bürokratie habe schon bisher in Sachen Kommunikation nur zu oft Unfähigkeit bewiesen.

Die erste Frage deshalb: Wäre statt der Post ein privates Unternehmen besser in der Lage, dem Benutzer optimale Kommunikation zu günstigen Preisen zu bieten? Staatssekretär Elias vom Postministerium:

- O-Ton -

Elias:

„Diese Frage hat sehr viele Aspekte. Und der erste Aspekt, den man sehen sollte, ist der, daß wir im Fernmeldewesen eine Kostenüberdeckung von drei Milliarden haben. Und daß hier natürlich eine Vielzahl privater Interessenten daran interessiert sind, ein Teil von diesem Kuchen rauszuschneiden, um hier auch ihre Verdienste machen zu können. Ich glaube, dieses ist ein verständlicher, aber gleichzeitig ein Weg, der im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft nicht eingeschlagen werden sollte; denn das Monopol, so wie es der Post im Fernmeldewesen zugesprochen ist, hat seine guten Gründe. Die liegen ganz einfach in der Notwendigkeit, hier eine einheitliche Infrastruktur zu schaffen.“

Infrastruktur, das ist das Netz der Leitungen, über die der Verkehr läuft. Schon um volkswirtschaftlich unsinnige Doppelinvestitionen zu vermeiden, bezieht sich das Fernmeldemonopol zunächst auf das Netz. Auch andere öffentlich bedeutsame Branchen werden wegen der bereit zu haltenden Infrastruktur, seien es Wasserrohre oder elektrische Leitungen, von zumindest regionalen Monopolen bedient.

Doch ganz abgesehen von der Frage, ob privat oder nicht: Was hat der Transport von beschriebenem Papier, von Briefen, Päckchen oder Rentengeld mit Datenleitungen für Computer zu tun? Gehört beides in dieselben Hände? Professor Eberhard Witte, der Vorsitzende der KtK:

- O-Ton -

Witte:

„Nun, die Deutsche Bundespost ist ja ein Beispiel für das sogenannte PTT-Konzept, d. h., eine staatliche Verwaltung, in der sowohl Post als auch Telefon und Telegraf - das ist das zweite "T", das heute nicht mehr bedeutsam ist - zusammengefaßt sind. Ich hätte

Ihnen diese Frage 1969, als wir uns über eine neue Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost Gedanken machten, noch anders beantwortet als heute. Damals hatte ich gesagt: Trennt ruhig die beiden Bereiche, schafft Konkurrenz, laßt den Briefverkehr eben dann um eigene Gebühren kämpfen, aber laßt ihn nicht durch das Telefon und andere Fernmeldetechniken subventionieren. - Heute, nachdem ich die Entwicklung in den USA vor allen Dingen gesehen habe, sage ich, daß die Verbindung von Briefpost und Telefonpost ein sehr glückliches Konzept ist; denn in den nächsten zwanzig Jahren werden wir erleben, wie langsam der gute, alte Brief noch nicht von den privaten Haushaltungen, aber von den Unternehmungen und Behörden langsam zum Datenverkehr und zum Bürofernschreibverkehr, das heißt also: zur nachrichtentechnischen Übertragung wird. Und dann findet eine Substitution, ein Ersatz der Dienste innerhalb der Deutschen Bundespost, also innerhalb derselben Institution statt, während in Amerika die "United States Mail" mit den privaten Telefongesellschaften sich einen Kampf ums Messer liefern."

Die Benutzer der modernen technischen Kommunikationsmittel bezahlen in Deutschland einen hohen Preis für den so beschriebenen harmonischen Übergang von der klassischen Post zur materielosen, elektronischen Übermittlung von Nachrichten. Hierzulande zahlt man 17 % höhere Telefongebühren als in Japan, 139 % höhere als in den USA, gar 200 % höhere als in Schweden.

Was die von der Kommunikations-Kommission empfohlene Versorgung aller Haushalte mit Telephon angeht, ist die Bundesrepublik einstweilen Entwicklungsland: Mit gerade 29 Sprechstellen auf 100 Einwohner halten wir einen höchst mickrigen 14. Platz in der Welt.

Es scheint, als sei ein allzuständiges Staatsmonopol in einer unausweichlichen Zwickmühle: Einerseits werden sich die klassischen Postdienste nie wieder kostendeckend betreiben lassen, was eine schnelle Umstellung hin zur Telekommunikation sinnvoll macht; andererseits wird bei uns die Telekommunikation künstlich verteuert, damit die hochdefizitären Betriebszweige subventioniert wer-

den können. Die Folge: Das teure Telephon verbreitet sich nicht schnell genug. - Professor Witte:

- 0-Ton -

Witte:

„Ursprünglich waren ja gerade die öffentlichen Unternehmungen die führenden Institutionen, die neue technische Dinge ausprobierten. Man darf doch nicht vergessen, daß im 19. Jahrhundert die ersten Eisenbahngesellschaften, die Gasanstalten, die auch manche Industrieunternehmungen auch vom Staat gegründet wurden und damit also gerade den Schritt in Neuland taten. Damals waren private Unternehmungen unseriös, es gab Schwindelgründungen, es gab Unterschleife, man glaubte viel eher an die Innovationskraft der öffentlichen Hand. Inzwischen ist es nun so, daß auch die private Industrie so viel Soziales, so viel Legalität und so viel Ordnung aufgenommen hat, daß man tatsächlich vielleicht im öffentlichen Dienst das Prinzip der Wirtschaftlichkeit manchmal etwas schwerer durchsetzen kann als in privaten Institutionen. Ich glaube nicht, daß es am guten Willen liegt, schon gar nicht etwa bei denen, die ein öffentliches Unternehmen führen. Da hört man immer wieder das Wort von der öffentlichen Unternehmung und von Konkurrenzprinzipien, von Wirtschaftlichkeit. Zum Beispiel hat die Post ein außerordentlich gutes betriebswirtschaftliches Rechnungswesen mit sehr sauberer Kostenrechnung. Alles das stimmt. Aber in der Anpassungsfähigkeit, da ist die besondere Leistung zu honorieren und eben die Nachlässigkeit - gelinde gesagt - eben nicht zu honorieren - das fällt eben bei der hohen Legalität, die nun mal im öffentlichen Dienst herrscht, etwas schwerer. Der ganze Apparat, der da in seinem - aus guten Gründen geschaffenen - Ordnungs- und Sozialsinn her mitzuführen ist.“

Man darf wohl feststellen, daß es zwar einerseits eine Reihe gewichtiger Gründe für die öffentliche Aufgabe Post, ja sogar für die Subventionierung der "alten" durch die "neue" Post gibt, doch ist ebenso klar, daß die spezifische Organisationsform einer noch dazu so großen Behörde Probleme schafft, wie sie Professor Witte angesprochen hat.

Da liegt es nahe, die besonderen Vorteile der staatlichen Behörde da zu nutzen, wo wegen der Infrastruktur, wegen des Netzes, ein öffentlich kontrolliertes Monopol sicher richtiger ist als ein privates. Ob man dafür freilich in Kauf nehmen muß, daß auch auf Gebieten, die ein Monopol nicht zwingend erfordern, Bürokraten ohne Furcht und Tadel, aber auch ohne Konkurrenz schalten und walten, das ist ein Teil der Diskussion nach dem Abschluß der Arbeit der KtK, der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems". Kommissionsmitglied Professor Hans-Georg Lange von der Universität Osnabrück sieht Vorteile für den Fernmeldekonsumenten und die Volkswirtschaft, wenn das Postmonopol sozusagen auf seinen Ursprung zurückgeführt wird.

Die zweite Frage lautet daher: Wie weit sollte sich das Fernmelde-monopol der Post erstrecken?

- O-Ton -

Lange:

Ich gehe davon aus, daß es sinnvoll ist, der Post ein Monopol einzuräumen, damit die Infrastrukturverantwortung wahrgenommen werden kann. Das heißt: die Verantwortung dafür, daß jeder zu gleichen Bedingungen am Kommunikationsprozeß teilnehmen kann. Ich bin der Meinung, daß diese Infrastrukturverantwortung sich hauptsächlich auf das Netz beziehen muß und daß das Problem beginnt bei der Frage: Wie ist der Bereich der Endgeräte zu gestalten? Gibt es hier auch die Infrastrukturverantwortung der Post, oder ist hier mehr Konkurrenz, mehr Wettbewerb zuzulassen, damit mehr Nutzungsmöglichkeiten gegeben sind?"

Das Fernmeldeanlagen-gesetz von 1928 gab allein dem Deutschen Reich und gibt heute dem Bund das Recht, Fernmeldeanlagen zu errichten und zu betreiben. Unter Fernmeldeanlagen versteht nun die Post nicht nur ihr Leitungsnetz und die Vermittlungseinrichtungen, sondern auch jedes einzelne Gerät, das an das Netz angeschlossen wird, das Endgerät. Es wird mit der Anschließung Bestandteil des öffentlichen Netzes.

Darauf gründen sich zwei Forderungen: alle Endgeräte müssen, bevor sie auf dem Markt angeboten werden, vom Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt zugelassen werden und bedürfen zusätzlich einer Anschlußgenehmigung durch das zuständige Fernmeldeamt.

Nun wird jeder verstehen, daß die Post das öffentliche Netz - und damit alle Teilnehmer - davor schützen muß, daß von privaten Geräten Störungen ausgehen, die weitreichende Folgen haben können. Es ist freilich fraglich, ob das Netz nur dann vor Störungen bewahrt werden kann, wenn sich die Zuständigkeit der Monopolbehörde bis ins letzte Wohnzimmer erstreckt, wenn das normale Telephon der Post gehört - und nur ihr gehören darf.

Professor Lange und mit ihm zahlreiche andere Kritiker behaupten, hinter übertriebenen Sicherheitsargumenten der Post verberge sich Phantasielosigkeit bei der Ausnutzung dessen, was heute schon an Möglichkeiten beim Telephon geboten werden könnte - wenn das bei uns nun wirklich simple Gerät nur zum Gegenstand von Wettbewerb um mehr Technik und Komfort würde. Dann müßte es möglich sein, nicht nur zwischen fünf Farben - neuester Fortschritt bei der Post, sondern zwischen unterschiedlichen, benutzerorientierten technischen Ausstattungen zu wählen. Innerhalb des Monopols haben Sonderwünsche kaum eine Chance: Was nicht Millionen haben, darf niemand haben, Einheitstechnik bis ins letzte Haus. Diese von Kritikern oft als Dogma verschrieene technische Konzeption hat heute einen schwerwiegenden Nachteil: Wenn denn schon einmal etwas Neues, vielleicht wirklich Besseres kommen soll, dann stehen gleich Milliarden auf dem Spiel. Staatssekretär Elias:

- O-Ton -

Elias:

„Dies geht alles nicht so schnell. Hier handelt es sich jeweils um sehr langfristige und volkswirtschaftlich sehr bedeutsame Entwicklungen, und die Post überlegt sich vor jedem Schritt sehr genau, nachdem auch jeweils Milliardeninvestitionen involviert sind, was das Beste für unsere Kunden ist.“

... was das Beste für unsere Kunden ist. Sind es undankbare Untertanen, die da unentwegt nörgeln, obwohl doch die ans öffentliche Wohl denkenden Beamten in der Postbürokratie schon wissen werden, was zum Besten der Bürger ist? Da, so mögen sie denken, ist es zumindest überflüssig, wenn nicht schädlich, den Bürger zwischen Alternativen selbst wählen zu lassen, etwa gar durch Kaufen oder Nicht-Kaufen. Es scheint, als befände sich in Gestalt der Monopol-Post ein Fremdkörper in unserem auf Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaftssystem, nicht unähnlich östlichen Planbürokratien, die sicher auch nicht böswillig graue Langeweile und technische Zweitklassigkeit produzieren. Zwischen dem, was ein Beamter für das öffentliche Wohl hält, und dem, was ein Fernmeldeteilnehmer gerne für sein Geld hätte, können ganz beträchtliche Unterschiede liegen. Professor Lange:

- O-Ton -

Lange:

„Vor überflüssigen und teuren Dingen schützt, glaube ich, der Nutzer sich zunächst mal selber. Und die Post hat sicher die Verantwortung dafür, ein gleichmäßiges Angebot zu sichern. Das ist nicht bestritten. Es gibt aber möglicherweise aber doch eine Reihe von Nutzungen, die von einzelnen gewünscht werden, die aber heute nicht möglich sind. Ich denke da z. B. an das Leistungsmerkmal im Fernsprechnet, das Ruhe vor dem Telefon genannt wird, d. h. also die Möglichkeit, zu einer bestimmten Tages- oder Nachtzeit das Telefon abzuschalten, damit man ungestört arbeiten oder auch ruhen kann. Das ist vorgesehen für die Zukunft, ist aber heute noch nicht im Angebot der Deutschen Post. Ich würde es für sehr notwendig halten, dieses Angebot auch heute schon aufzunehmen, was möglich wäre - das ist kein technisches Problem. Hier zeigt sich also, daß nicht alle Fragen, die die Nutzer interessieren, bereits gelöst sind, und ich könnte mir vorstellen, daß es eine Reihe weiterer dieser Möglichkeiten gebe, ^{den} ~~die~~ Benutzer weiter entgegenzukommen, wenn die Post auf dem Wege zu einem Unternehmen sich weiterentwickeln würde und die Eierschalen aus der Vergangenheit eines behördlichen Verhaltens immer weiter abbauen würde.“

Ein anderer Umstand, dem die Post bisher fast nur mit ihrer Gebührenpolitik - Stichwort: Mondscheintarif - entgegengetreten ist, gibt zu denken: Das öffentliche Fernsprechnet, eine Investition von immerhin 80 Milliarden Mark, wird nur zu rund einem Drittel ausgenutzt, obwohl die Bedingungen für mehr Verkehr in den Leitungen nirgends so gut sind wie hierzulande, wo das ganze Netz zu 100 % vollautomatisch funktioniert. Die Höhepunkte der Auslastungskurve liegen heute am späten Vormittag, am Nachmittag und abends nach 22 Uhr - ab 23 Uhr kehrt Stille ein. Helmut Rausch vom Vorstand der Computer-Firma Nixdorf, neuerdings im Fernmeldegeschäft interessiert, betrachtet das Problem von mehr Vielfalt und Freiheit bei den Endgeräten im Hinblick auf die Ausnutzung des Netzes:

- 0-Ton -

Rausch:

Wenn wir jedoch nicht eine Innovation im Gerätepark entstehen lassen, ^{die} ~~der~~ gestattet, daß man auch jetzt rund um die Uhr in drei Schichten dieses Netz ausnutzen kann, dann haben wir durch großzügige benutzungsrechtliche und tarifpolitische Maßnahmen noch lange nicht Verkehr auf diese Leitungen gebracht; denn kein Mensch wird also das zwingend notwendige Telefongespräch, das er um acht oder um zehn Uhr führen will, auf die Zeit zwischen elf und zwölf Uhr Mitternacht konzentrieren. Wir könnten aber ~~im~~ Büro beispielsweise in der ersten Schicht in jedem Sekretariat, in jedem Schreibzimmer ganz normale Bürotätigkeiten durchführen, beispielsweise Briefe beantworten, diese Briefe so aufbereiten, daß sie zu dem entsprechenden Zeitpunkt, der also auch von der Bundespost als optimal angesehen wird im Sinne einer Auslastung, einer gleichmäßigen Auslastung der Netzte gesendet werden kann. Das setzt dann aber eine Innovation auf dem Gerätesektor voraus. Die kann nicht nur durch die Bundespost geplant werden. Hier muß die gesamte Volkswirtschaft engagiert werden."

Dabei sind es nicht in erster Linie technische Schwierigkeiten, die dem geforderten Fortschritt im Wege stehen. Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann sagte kürzlich: "Ich habe den Eindruck gewonnen, daß bei der Diskussion der technischen Entwicklungschancen zu sehr von den gegenwärtigen rechtlichen Möglichkei-

ten, oder besser: Unmöglichkeiten ausgegangen wird."

Nur ein Beispiel: Die Bundespost besteht auf einer strengen Trennung der verschiedenen Fernmeldenetze, also etwa des Telephonnetzes, des Fernschreibnetzes oder des Bildübertragungsnetzes. So ist es nicht möglich, daß dem Kunden Geräte zur Verfügung gestellt werden, die die Funktionen für zwei oder noch mehr Netze in sich vereinigen. Solche Geräte stehen bereits in den Labors. Sie scheitern an den Postjuristen.

Doch wer glaubt, das Primat verwaltungsjuristischen Perfektionsdenkens sei entweder idealistischer Selbstzweck oder einfach nur übrig geblieben aus den Zeiten von Preußens Gloria, der irrt. Die Post macht starken Gebrauch von ihren allumfassenden Monopolrechten: Gilt im normalen Leben der Grundsatz, es sei alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist, so ist es bei der Kommunikation, dem vielleicht wichtigsten Requisit bürgerlicher Freiheit, genau umgekehrt: Was nicht ausdrücklich erlaubt ist, das ist verboten.

Nun würde man dies alles, wenn auch nur notgedrungen, wohl akzeptieren müssen, wenn nur so schädliche und störende Einwirkungen auf das öffentliche Netz verhindert werden könnten. Doch die Bundespost sortiert nicht nur das technisch Unvollkommene aus, sie benutzt darüber hinaus ihr Monopol, um sich selbst die besten Chancen in einem Markt zu geben, dessen Bedingungen allein sie bestimmt. In schöner Offenheit teilen die Ministerialbürokraten mit, es gehe hinsichtlich möglicher neuer privater Teilnehmereinrichtungen auch um die "wirtschaftlichen Interessen" der Post, die somit in der unvergleichlichen Lage ist, sich nach Gutdünken oder nach dem Subventionsbedarf des Briefdienstes auszusuchen, was sie im Einzelfall gerade sein möchte: Eine Behörde, streng, aber gerecht und mit Profiten nichts im Sinn, oder ein Unternehmen, das seine Kunden abkassieren will. Bei dieser Patentkombination von Bürokrat und Kapitalist gibt es für den Verbraucher nur eines: zahlen. Professor Lange:

- O-Ton -

Lange:

Ich glaube, sie sprechen damit ein sehr relevantes Problem an. Die Bundespost ist sicher verpflichtet, bestimmte behördliche Maßnahmen wahrzunehmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Fernmeldenetze. Das Problem tritt dann auf, wenn sie in bezug beispielsweise auf Nebenstellenanlagen als Konkurrent zu anderen Anbietern auftritt und damit in die Zwickmühle gerät, einerseits die Verantwortung zu haben für die Funktionsfähigkeit des Netzes, andererseits als Wettbewerber aufzutreten mit anderen Anbietern, mit anderen privaten Unternehmen als Anbietern. Es wäre sicher einfach für die Deutsche Bundespost, wenn diese Zwickmühle gelöst würde und die Post hauptsächlich die Aufgabe wahrnehmen würde, die Funktionsfähigkeit der Netze zu sichern und die Netze zu betreiben als Unternehmen, als Dienstleistungsunternehmen, aber dann vermeidet, in Konkurrenz zu treten zu anderen Unternehmen, die Dienste bzw. Endgeräte anbieten. Ich sehe hier also eine in der Konstruktion eine gewisse Gefahr der Verquickung behördlicher notwendiger Funktionen mit Funktionen eines Unternehmens, eines auf Rendite ausgerichteten Unternehmens.“

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer Stellungnahme im Zusammenhang mit einer Verfassungsbeschwerde am 19. September 1975 gemeint, es stünde zwar im sogenannten pflichtgemäßen Ermessen der Post, zu entscheiden, welche Geräte sie zulasse. Doch dürfe die Bundespost dabei nicht von der Erwägung ausgehen, sich selbst einen möglichst großen Gewinn durch Ausschaltung von Konkurrenten zu sichern. Die Zulassung dürfe nur von technischen Gesichtspunkten abhängig sein.

Diese Stellungnahme des Bundesverwaltungsgerichts, kein Urteil wohlgedacht, scheint mir von größter Bedeutung zu sein, sagt doch das Gericht nichts anderes, als daß der neben der Sicherung der Netze zweite Anspruch der Post, nämlich die Wahrung eigener wirtschaftlicher Interessen, jedenfalls im Rahmen eines Monopols nicht rechtmäßig ist.

Die Meinung des Gerichts könnte etwa bedeuten, daß in Zukunft geprüft werden muß, ob auch technisch bedingte Restriktionen bei der Post noch aufrechterhalten werden können, wenn die allein rechtfertigende Sicherung der öffentlichen Netze technisch auch anders bewirkt werden kann.

Mag sein, daß die Post nicht nur wegen ihres grundsätzlichen Dilemmas als bürokratischer Riese mit technischen Neuerungen ~~über-~~vorsichtig umgeht, sondern auch fürchtet, sich selbst teilweise dadurch überflüssig zu machen - eine für einen auf beständige Ausweitung programmierten Verwaltungsapparat beunruhigende Vorstellung. Staatssekretär Elias:

- O-Ton -

Elias:

Ich glaube, wir müssen darauf achten, daß es nicht so sehr darauf ankommt, daß nun der Hauptschwerpunkt auf der Innovation liegt und damit vielleicht auf den Interessen einzelner Interessenten, sondern daß der Hauptschwerpunkt da liegt, daß wir den Kunden das anbieten müssen, was nach sorgfältiger Prüfung das Beste ist und das - nachdem auch seine Wünsche abgecheckt worden sind - das Notwendige ist. Und wenn Sie jetzt sagen: Bei der Post geht es nicht so schnell - dann möchte ich das bezogen wissen darauf, daß wir nicht etwa nicht schnell genug sind im Nachdenken, sondern daß wir vielleicht erkennen, daß aus den Gründen, die ich sagte, die initiierten Entwicklungen jeweils so weitreichend sind, daß man lieber noch ein zweites Mal seine Ideen überprüft anstatt gleich loszuschießen.

Die Überprüfung geht nur zu oft zugunsten des Althergebrachten, des "Gas-haben-wir-schon-immer-so-gemacht" aus. Das muß nicht notwendig mit bürokratischer Unzulänglichkeit oder Genügsamkeit zu tun haben, denn die wirtschaftlichen Interessen beginnen bald ein fatales Eigenleben zu entwickeln, zumal die Post gezwungen ist, im Fernmeldebereich hohe Überschüsse herauszuholen, um defizitäre andere Zweige unterhalten zu können.

Dies macht eben die ernüchternde Unausweichlichkeit des Monopols aus: wenn die technischen Argumente ausgehen, läßt sich alles unter Hinweis auf die von vornherein als im öffentlichen Interesse liegend bezeichneten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Post erklären. Wohl aus diesem Grunde war es bisher kaum möglich, im Rahmen von Pilotprojekten neue Endgeräte und alternative Technik in der Praxis zu erproben, dem Bürger Gelegenheit zu geben, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Es muß für die Postbureaus einfach zu einfach gewesen sein, konkurrierende Entwicklungen mit Hilfe ihres Zulassungs- und Genehmigungsrechtes ganz fernzuhalten oder doch zumindest so lange zu verzögern, bis die Post selbst lieferfähig ist.

Dabei bestreitet die einschlägige Industrie gewiß nicht, daß es solche Zulassungen geben muß - oder: noch geben muß. Nur die offenkundige Abhängigkeit von technikfremden Überlegungen stört sie dabei. Doch für den Poststaatssekretär macht es keinen Unterschied, warum etwas kritisiert wird.

- 0-Ton -

Elias:

„Nur paßt es einigen Herstellern nicht, die gerne in diesen Markt einsteigen wollen, daß eben eine solche Typprüfung stattfindet. Sie möchten, daß völlig ohne eine derartige Prüfung solche Geräte produziert und angeschlossen werden können und daß dann durch geeignete Maßnahmen beim Eingang in diese Netze sichergestellt werden soll, daß die vielen Unterschiedlichkeiten solcher Endgeräte ausgeglichen werden.“

Doch gerade der Computerhersteller Helmut Rausch, dessen Unternehmen sich zu den Leidtragenden des Postmonopols zählt, erkennt die technische Richtlinienkompetenz der Post an.

- 0-Ton -

Rausch:

„Dazu gehört dann auch, daß die Bundespost die Normen zu setzen hat, die einfach notwendig sind; denn zwei Partner, die Information austauschen, wollen sich auch verstehen wollen.“

Bei der klassischen Post gibt es solche Probleme nicht: Schon bei den Fürsten Thurn und Taxis, den Altvorderen des Postwesens, gab es das, was heute im Bereich der Telekommunikation offenkundig Schwierigkeiten macht - die Schnittstelle. Das ist jener Punkt, an dem eine Nachricht bzw. ihr Träger den Bereich des Absenders verläßt und in den Bereich des Transporteurs, der Post, übergeht. Diese Schnittstelle ist der Briefkasten oder der Postschalter. Der Bürger kann verschicken, was er will; die Post bringt es zum Briefkasten des Empfängers, der mit der Nachricht machen kann, was er will.

Gäbe es eine solche Schnittstelle auch beim Telephon, so wäre allen recht getan: Die Post müßte ihr Monopol nicht länger in jedes Wohnzimmer erstrecken, ohne fürchten zu müssen, unangepaßte private Geräte oder unbeholfene Bastler könnten schädliche Rückwirkungen ins Netz bringen. Und die Industrie hätte plötzlich für vielerlei Endgeräte nicht nur einen Kunden - die Post -, sondern 14 Millionen, die im Markt selbst darüber entscheiden, was sie haben und bezahlen wollen. Eine faszinierende Idee: ein Sicherungskasten für die Leitung, eine Steckdose fürs Telefon. Doch Staatssekretär Elias winkt ab:

- O-Ton -

Elias:

Nein, dieses Steckdosenprinzip ist technisch sehr umstritten, und es würde, wenn man sich mal überlegt, daß wir an jeden Fernsprechananschluß ein solches Gerät anschließen wollten, unheimliche Investitionen bedeuten; denn die Ideen, die da mal entwickelt worden waren, daß man dieses für wenig Geld, etwa für 50 oder 60 Mark konstruieren könne, die sind inzwischen wohl von allen Fachleuten ad absurdum geführt worden. Dieses würde ein ganz erhebliches Geld kosten."

Die Post, bei der es ans Eingemachte ginge, schreckt den Bürger mit Kosten von mindestens 1000 Mark je schwarzem Kasten, wie das Schnittstellengerät nach dem amerikanischen Vorbild "Black Box" heißen soll. Doch kann das ein Grund sein, eine offenkundig auf einen Bedarf stoßende technische Möglichkeit durch Hoheitsakt

für erledigt zu erklären? Monatliche Mehrkosten zwischen 30 und 90 Mark würden - so die Post - auf den Teilnehmer zukommen, der nicht den tristen grauen Apparat, sondern Eigenes an die Leitung klemmen will. Es scheint mir nur aus dem noch immer eher obrigkeitlichen Selbstverständnis der Post erklärbar zu sein, daß sie auch den Bürgern den schwarzen Kasten nicht geben will, die dafür voll bezahlen wollen.

Gewiß, auch die Bundespost kann es sich heute nicht mehr leisten, nur das anzubieten, was eine im Zweifel eher kleinmütige Mammutbürokratie zum öffentlichen Interesse ernannt hat. Doch die Vorstellungen der Beamten über das, was die Bürger wollen, sind notwendig nebelhaft: Nur wer zwischen tatsächlich vorhandenen Alternativen wählen kann, liefert so Anhaltspunkte für seinen Bedarf.

Doch eben diese Bedarfsermittlung, den Markt eben, duldet die Post nicht. Und so kommt es wohl, daß die Planungsbürokratie stets um viele Jahre hinter den Möglichkeiten herhinkt, ^{bis} ~~weil~~ ihr erst millionenfacher Bedarf überhaupt auffällt - Motto: Was nicht jeder braucht, das braucht niemand.

Trotzdem gibt es "Minderheitenangebote" der Post wie etwa das Autotelephonnetz, mit dessen Hilfe man für 270 Mark Grundgebühr im Monat aus dem Fond in alle Welt telefonieren kann. Warum sollte nun nicht denen, die lieber eine "Black Box" haben wollen, recht sein, was den Autotelephon-Teilnehmern teuer ist: zu bekommen, was sie wollen, solange sie zahlen? Der Unterschied liegt in der Zukunft: die "Black Box" wäre der Dammbbruch. In den Fluten des Marktes, die sie ins Land ließe, müßte ein guter Teil des Postmonopols unrettbar versinken.

Computer-Manager Rausch über "Black Box" und die Folgen:

- O-Ton -

Rausch:

Ich würde hier nicht von einer "Black Box" sprechen. Ich würde von einer Weiterentwicklung der Modems sprechen, die zwingend notwendig sind, um das in den letzten hundert Jahren aufgebaute analoge Fernsprechnetzt auch für digitale Übertragungen sinnvoll zu nutzen. Ich sehe eine Weiterentwicklung der jetzigen vorhandenen Modems mit Mikrocomputern zu intelligenten Volksmodems voraus,

die die Möglichkeit bieten, daß das jetzige Netz, das eine Investition immerhin in der Größe von 80 bis 100 Milliarden benötigte, um in dieser Güte aufgebaut zu werden, die die Möglichkeit also bieten, diese Investition in drei Schichten für große Märkte zu benutzen. Beispielsweise könnte in einer zweiten oder dritten Schicht von dieser bedienungslos funktionierenden gigantischen Maschine eine Reihe neuer Impulse für die gesamte Volkswirtschaft ausgehen."

Es fällt nun auf, daß aus dem Kreise der traditionellen deutschen Fernmeldeindustrie Ideen wie die der "Black Box" nicht gekommen sind, obwohl sich gerade diese Firmen viel darauf zugute halten, an der Spitze des technischen Fortschritts zu marschieren. Die neuen Ideen, auch für vielfältig nutzbare Endgeräte, stammen vielmehr entweder von ausländischen Großkonzernen oder von inländischen Kleinunternehmern. Ist der Zauberkasten am Ende nur ein Geschäftsmachertrick derer, die, wenn nicht mit der Post, dann eben ohne sie, ein Stück vom 125-Milliarden-Mark-Kommunikations-Kuchen haben wollen? Staatssekretär Elias:

- O-Ton -

Elias:

"Nein, ich glaube, das hat einen tieferen Hintergrund. Man muß sehen, daß bei der Entwicklung der Telekommunikation zwei Dinge jetzt aufeinanderzukommen und miteinander verwachsen. Das ist auf der einen Seite die herkömmliche Fernmeldetechnik und die herkömmlichen Merkmale dieser Telekommunikation und auf der anderen Seite der Einsatz von Rechnern in solchen Fernmeldenetzen; die traditionellen Fernmeldefirmen bauen Vermittlungssysteme beispielsweise und auch andere Übertragungssysteme heute mit Rechnern, d. h., sie dringen in einen Markt ein, der vorher entwickelt und besetzt war von Firmen, die mehr aus der Bürotechnik kamen, wo eben diese Rechnertechnik groß geworden ist. Diese Rechnerfirmen sehen aber gleichzeitig auch, daß heute alleine mit Bürotechnik nichts mehr auszurichten ist, sondern daß hier die Datenübertragung mit dazu gehört, d. h. also, die Telekommunikation hält auch hier Einzug. Und jetzt werden aus zwei verschiedenen Lagern eben Entwicklungen betrieben, einmal aus dem Bereich der traditionellen Rechnertechnik

nik, einmal aus dem Bereich der traditionellen Fernmeldetechnik, die letztendlich in eine Richtung gehen und wo natürlich Reibungsverluste entstehen; und speziell aus dem Bereich der Firmen, die traditionell Rechnertechnik betrieben haben, mehren sich jetzt von kleinen und mittleren Firmen die Ansprüche, daß sie mit in diesen Markt einsteigen, der von den großen Rechnerfirmen ja schon erschlossen worden ist. Und hier ergeben sich noch gewisse Schwierigkeiten, weil die Vorstellungen, die von diesen Firmen entwickelt werden, sich nicht ohne weiteres und sofort umsetzen lassen in Aufträge - um die geht es ja im wesentlichen -, und hierdurch entsteht bei diesen Firmen dann der Eindruck, daß es sich bei der Post um einen gelähmten Riesen handelt, wobei vielleicht anzumerken wäre, daß sich die gewünschte Beweglichkeit im wesentlichen dann aber natürlich darauf bezieht, daß hier auch den speziellen Anforderungen dieser Petenten Genüge getan wird."

Da ist dem Staatssekretär doch unversehens der Nachweis gelungen, wie wenig die flotten Werbesprüche vom "Unternehmen Bundespost" im Bewußtsein der Monopolbürokraten verankert sind: Da nähern sich doch tatsächlich Petenten, Bittsteller also, der Post und wollen, oh Graus, etwas verkaufen. Das Unternehmen Post schaut voll Argwohn auf die anderen Unternehmen, die im Angesicht der Staatsmacht doch unverzüglich zu Bittstellern schrumpfen.

Die Sachanalyse der gegenwärtigen Situation ist freilich richtig: die bevorstehende Integration von Fernmeldetechnik und Datenverarbeitung hat die Unruhe entstehen lassen, über die hier berichtet wird. Nixdorf's Rausch:

- O-Ton -

Rausch:

Wir haben von Anfang an die Zielsetzung gehabt, Datenverarbeitung an den Arbeitsplatz heranzuführen. Die Folge davon war, daß wir zwangsläufig damit konfrontiert waren, in der Verwaltung, in einem normalen Industriebetrieb eine Art Intelligenzverstärker am Arbeitsplatz entstehen zu lassen. Dieser Intelligenzverstärker am Arbeitsplatz ist heute nur noch in Zusammenarbeit mit der Nachrichtentechnik möglich. Ich will grundsätzlich für den gesamten

Computerbereich heute sagen, daß dieser Computerbereich sehr dynamisch mit der Nachrichtentechnik zusammenwächst."

Die Giganten aus beiden Lagern sind zunächst in Stellung gegangen für den Kampf um den Markt der Zukunft. Noch schießen sie Sperrfeuer aus den Gräben, denn die offene Feldschlacht - so scheint es - will keine der beiden Seiten. Die Öffentlichkeit ist bisher kaum unterrichtet worden, um was wer mit wem da ringt.

Warum - Frage drei - weiß kaum jemand außerhalb der eingeweihten Zirkel Bescheid, warum wird der Markt der Zukunft nicht beim Konsumenten mit Information und Werbung vorbereitet?

Die Antwort ist einfach: weil keiner der Beteiligten, auch die neu ins Geschäft drängenden Computer-Leute, den Markt und damit den informierten Verbraucher wirklich will.

Seit jeher gibt es in Deutschland nichts, was man einen Markt nennen könnte. Stattdessen haben wir es zu tun mit einem Nachfrage-monopol der Post für Geräte und einem dem genau entsprechenden Lieferantenkartell der traditionellen Fernmeldeindustrie.

Dies sei erläutert an einem Beispiel, das die Betroffenen stets blauäugig als Beweis für das Existieren eines Marktes mit Wettbewerb darstellen - bei den Nebenstellenanlagen.

Hier bieten die Post und einige Industriefirmen, die sämtlich auch die Post beliefern, ihre Produkte an. 90 % aller Anlagen stammen nicht von der Post, sondern werden bei den bekannten Firmen gekauft oder gemietet. Wettbewerb? Mitnichten! Es ist völlig gleichgültig, wo man mietet oder kauft, es gibt keinerlei Unterschiede in Preisen und Konditionen. Und auch die technischen Spezifikationen, letzte Möglichkeit für Wettbewerb, der schließlich nur aus Unterschieden kommen kann, sind identisch: Post und Industrie haben sich auf die sogenannte Baustufenordnung geeinigt, an die sich die Industrie nicht nur bei Lieferung an die Post, sondern auch an private Kunden ausschließlich hält, unabhängig davon, ob die

jeweilige Ausbaustufe nun für den Kunden geeignet ist oder nicht. Dabei schützt die Post die traditionelle Industrie dadurch, daß Hersteller, die Geräte für nicht abgedeckte Bedürfnisse anbieten wollen, einfach keine Zulassung erhalten.

Auch beim Service der Anlagen ist alles darauf abgestellt, die bestehenden Strukturen mit der Macht des Monopols abzusichern: Keiner wartet oder ergänzt die - technisch gleichen - Anlagen des anderen, wo der Kunde einmal ist, da muß er bleiben. Normale Vertragsdauer: Zehn Jahre.

Post und Industrie sind auf diese für den Kunden höchst problematische Weise schon seit dem Jahre 1934 eng verbunden. Damals gab die Industrie die sogenannte "Anschlußerklärung" ab. Quintessenz: Nebenstellenanlagen werden nur zu den gleichen technischen und preislichen Bedingungen geliefert wie die der damaligen Reichspost. Noch heute behauptet die Bundespost allen Ernstes, dieses schier unglaubliche Kartell des Staates mit der ganzen Fernmeldebranche habe Vorteile für die Teilnehmer gehabt: mehr Transparenz.

Nur der Zyniker erkennt diesen Vorteil: Der Kunde, der einen Anbieter nach dem Preis fragt, kann sich die anderen sparen.

Eher bedauernd läßt die Post wissen, diese "Regelung" sei nach 1957 für mit dem Wettbewerbsrecht nicht vereinbar gehalten worden und somit hinfällig. Doch geändert hat sich gar nichts: die Industrie, die nun durchaus anders könnte, weiß die Ruhe im nun stillschweigenden Kartell zu schätzen. Zusätzlicher Vorteil: Das marktwirtschaftliche Gewissen bleibt rein. Dr. Bininda vom Marktführer Siemens in München:

- O-Ton -

Dr. Bininda:

Aber Sie fragen sicher, ob es irgendwelchen Verbund, der nicht marktwirtschaftlich geregelt ist, zwischen der Bundespost und den Fernmeldefirmen gibt. Und da kann man klar sagen: Solch ein ^{er}Verbund gibt es nicht; auf dem Fernmeldemarkt herrscht die Marktwirtschaft!

Und so sieht sie aus, die Marktwirtschaft: Die für jedes Produkt erforderliche Anschlußgenehmigung und Prüfnummer ist in der Regel nur zu erhalten, wenn das Gerät in das geschäftliche und technische Konzept der Post paßt. Dieses technische Konzept stammt jedoch notwendig von der anbietenden Industrie, da die Bundespost selbst weder Geräte entwickelt noch baut. Und die Industrie tritt geschlossen auf - Clearingstelle ist der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie in Frankfurt (ZVEI).

Wer also, als neuer Anbieter etwa oder Importeur, sich nicht an die gemeinsamen Konzepte von Post und Traditionsverband hält, kann faktisch gar nicht erst produzieren. Zum anderen nimmt der Fachverband nur als Mitglied auf, wer schon Fernmeldeanlagen herstellt, also die genannten Zulassungshürden schon übersprungen hat. Das heißt in der Praxis: Zugang zum Markt gibt es so gut wie nur über den Verband. Wer sich also den technischen und organisatorischen Vorstellungen der traditionellen Hersteller nicht fügt, vielleicht eigene statt deren Patente nutzen will, ist vom formal vorhandenen Wettbewerb praktisch ausgeschlossen. Die Industrie entscheidet also letztlich selbst, wer ihr Konkurrent werden darf.

Wundert es da, wenn in diesem Schutzraum die technische Phantasie leidet?

- O-Ton -

Dr. Bininda:

Das Telefon ist in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Und das Telefon mit seinen zentralen Einrichtungen, die es also seit etwa 100 Jahren gibt, hat einen sehr langen Optimierungsprozeß durchgemacht. Eine Firma und ein Entwicklungsteam hat vom anderen gelernt. Es ist praktisch ausgeknautscht, durchentwickelt bis zum letzten, so daß die Systeme der Hersteller in vielen Punkten in ihrer Leistung und in ihrem Ausgewogen-sein einen ähnlichen Stand erreicht haben.

Das faktisch wirksame Kartell ist offenbar so mächtig, daß selbst internationale Konzerne vom Schlage IBM, sonst nicht eben für Hasenherzigkeit bekannt, fein stillschweigen in Erwartung ihres achtel Lorbeerblatts, ihres "stabilisierten" Marktanteils, wie die Zuteilung fein umschrieben wird. Zum offenen Konflikt mit Post und alteingesessener Fernmeldeindustrie hat sich bisher noch keine der auf den deutschen Markt drängenden Computerfirmen durchringen können, obwohl sie der Branchenverband ZVEI nicht aufnehmen will.
Professor Lange:

- O-Ton -

Lange:

Ich habe keine konkreten Anhaltspunkte dafür, daß die Post alleine die traditionellen deutschen Unternehmen bevorzugt. Ich habe nur aus den Erfahrungen in der KtK-Arbeit den Schluß gezogen, daß offenbar die neuen Unternehmen, die Sie hier ansprechen, sich auch darauf einstellen, in dieses System der gemeinsamen Klärung der Einflußbereiche im Zusammenhang mit der Post, daß sie sich auf dieses System selber einstellen, anstatt hier, wie sie es z. B. in ihren Herkunftsländern, in den USA tun, durch aggressiven Wettbewerb einzusteigen, versuchen, zu partizipieren an dem großen Kuchen und den auch langfristig aufzuteilen. Für mich war es eine sehr interessante Erfahrung, daß auf meine Anregung hin nun auch die industriepolitischen Schlußfolgerungen aus den Vorschlägen der KtK zu diskutieren, die Frage also: Wie setzt man diese Vorschläge in die Realität um?, die Frage also: Wie kann die Vollversorgung mit Telefon, die Vollversorgung im Fernsprehdienst gesichert werden? Wie kann erreicht werden, daß wir ein leistungsfähiges Bürofernschreiben und Fernkopieren bekommen - alles Dienste, die ja im Zusammenhang mit Fernsprech- und Datennetzen angeboten werden können -, daß also auf die Anregung, diese Fragen industriepolitisch nun auszudiskutieren, doch die Vertreter sowohl der traditionellen Unternehmen als auch der von Ihnen angesprochenen neuen Unternehmen, die aus anderen Ländern kommen und auch aus einem anderen Hintergrund der Arbeit mit Post bzw. Postdiensten anbietenden Unternehmen kommen, daß die gleichermaßen gesagt haben: Die KtK ist nicht der Ort, solche Fragen zu diskutieren, und damit eben im Grunde die weitere öffentliche Diskussion dieser Fragen blockiert haben, was für mich den Schluß nahelegt:

Man stellt sich doch lieber darauf ein, gemeinsam mit der Post diese Fragen, und gemeinsam mit den Konkurrenten diese Fragen zu klären, als sie im Wettbewerb untereinander auszutragen."

In einem sind sich Industriemanager bekanntermaßen seit jeher einig: Es muß der beste Weg ans Geld des Käufers gefunden werden. Wenn, wie in Deutschland, ein Supermonopol, die staatliche Post, den Wettbewerb, die Konkurrenz zumindest nicht eben fördert, wer wollte es den Kaufleuten verdenken, wenn sie sich im komfortabel regulierten Markt die Kuchenstückchen zuschieben.

Die Folgen - hohe Preise und kein optimales Leistungsangebot - mögen unangenehm sein, die langfristigen Auswirkungen der selbstgefälligen Bequemlichkeit ohne Wettbewerb fallen sicher noch stärker ins Gewicht.

Meine vierte Frage: Gefährdet der wettbewerbsferne Post-Industrie-Komplex die Innovation, die Fähigkeit, mit neuen Produkten an der Weltspitze zu bleiben? Professor Lange setzt auf die Bürokraten:

- O-Ton -

Lange:

Die Post müßte meiner Meinung nach gerade im Telekommunikationsbereich den Anstoß geben, hier Neuerungen einzuführen, da die Industrie - jedenfalls, was die Bundesrepublik angeht - hier nicht gerade innovationsfreudig ist. Ich meine also, daß im Telekommunikationsbereich aus der Post heraus der Anstoß kommen müßte, für mehr Innovation, die für die Nutzer von Bedeutung sind."

Die Beamten sollen schaffen, was die Industrie schon nicht mehr kann?

-O-Ton -

Lange:

Mein Argument wird vor dem Hintergrund verständlich, daß wir auf Grund der Tradition eine enge Verbindung zwischen anbietender Industrie und Post haben und daß in Quotenabsprachen zwischen den

Anbietern geregelt wird, welche Geräte und welche Mengen von Geräten zu welchen Preisen an die Post abgesetzt werden, und dadurch ein Verhalten entstanden ist, daß man sich auf diesen Quoten sozusagen ausruht und glaubt, den Absatz für die Zukunft gesichert zu haben. Ich bin also der Meinung, daß dieses Verhältnis transparent gemacht werden müßte, aufgebrochen werden müßte, hier mehr Wettbewerb eintreten müßte. Da aber offensichtlich bisher die Impulse zu diesem Wettbewerb nicht aus dem Bereich der Industrie selbst kommen, was man an sich von der Industrie erwarten müßte, bin ich der Meinung, kann dieses Verhältnis nur aufgebrochen werden, wenn die Post hier Anregungen geben würde."

Wenn schon die Bundespost sich schwer tut mit dem Umdenken, wenn die Postbürokratie schon die technischen Neuerungen, die eine Trennung von Netz und Endgerät möglich machen könnten, nicht als Chance zur Innovation, sondern als Bedrohung ansieht - welche Möglichkeit gibt es dann noch, die zu Lasten der Zukunftschancen, auf den Weltmärkten festgefahrenen Strukturen aufzubrechen? Dieselbe Bundesregierung, deren Postministerium schlicht nein sagt, findet die Idee der Trennung von Netz- und Nutzerbereich, die "Black Box", im Forschungs- und Technologieressort offenbar großartig. Staatssekretär Volker Hauff:

-O-Ton -

Hauff:

Ja, das Konzept der "Black Box" heißt ja, daß man hier ein Gerät zwischenschaltet, das gestatten würde, daß jede Form von Endgerät zulässig ist und daß die bisherige Genehmigungspraxis der Deutschen Bundespost entfallen würde, insofern auch mehr Wettbewerb und mehr Vielfalt, d. h. damit mehr Innovation in diesem Bereich möglich wäre. Der Grundgedanke dieses Konzeptes, den halte ich für faszinierend und für gut, aus technologiepolitischen, aber auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. Leider hat die ganze Geschichte einen Haken, und das ist die Tatsache, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, dieses Prinzip der "Black Box" in seiner Faszination so weiterzuentwickeln, daß es tatsächlich realisierbar erscheint, auf diesem Gebiet so zu verfahren. Und ich hoffe, daß es Forscher und Entwickler geben wird, die in der Lage sind, ein solches

Konzept so zu entwickeln, daß es realistisch ist und daß es auch wirtschaftlich vertretbar ist, dieses Prinzip einzuführen. Falls dies möglich wäre, wäre das faszinierend.

Technisch sind wir heute in der Lage, unmittelbar diese Dinge zu realisieren. Wir müssen natürlich die verschiedenen ersten Einführungsaktivitäten abstimmen: eine Trennung beispielsweise des Nutzungsbereichs vom Fernmeldenetz läßt sich sehr kurzfristig durchführen."

Ob es wirklich so einfach ist? Hierzulande versteht man es immer noch nicht, die Kernstücke der neuen Technologie, die hochintegrierten Schaltungen, die Mikro-Computer zu entwickeln und herzustellen. Insbesondere in den USA, wo die konsequente Wettbewerbspolitik einerseits und die technologischen Impulse von Raumfahrt und Rüstung andererseits ein riesenhaftes Innovationspotential freigesetzt haben, ist der Lieferant der Zukunft entstanden. Die Japaner ziehen kräftig mit, insbesondere mit einer schwerpunktmäßigen Forschungsförderung für die Hochintegration, deren Summe mehr als zehnmal so groß ist wie das, was die Bundesregierung aufwenden will. Die Bundesrepublik Deutschland, einst bewundertes technisches Vorbild, tritt zurück ins zweite Glied. Professor Lange:

• O-Ton -

Lange:

Es sieht im Moment offenbar so aus, als wenn die deutsche Industrie Mühe hat, den Anschluß an die Weltentwicklung überhaupt zu bekommen. Die Japaner und auch amerikanische Firmen scheinen schon sehr weit fortgeschritten zu sein. Und die Diskussion, so, wie sie heute geführt wird, wird unter dem Stichwort geführt "Wenn wir schon nicht die Güter der Zukunft bauen können, weil wir eben in bezug auf die neuen technischen Standards nicht mithalten können, so sollten wir uns dann doch konzentrieren auf die Anwendungssysteme", d. h. also, daß wir praktisch Technik aus dem Ausland übernehmen und kaufen und das Zusammenbauen zu einem gesamten System, und dies ganze System dann, wenn möglich, auf dem Weltmarkt anbieten, wobei hier natürlich das Problem auftritt: Sind die anderen bereit, uns einzelne Elemente zu verkaufen und uns den Vorsprung

zu lassen, in dem Angebot eines Systems, oder werden sie nicht selber versuchen, das gesamte System anzubieten?"

Sie tun es schon - und die deutsche Industrie verliert auf den Weltmärkten rasant an Boden. Selbstbewußte Entwicklungsländer, die ein Kommunikationsnetz als Voraussetzung für ihren Aufbau brauchen, finden die Deutschen oft nicht modern genug - und zu teuer oben-drein. In den letzten vier Jahren hat die deutsche Fernmeldeindustrie fast ein Viertel ihres Weltmarktanteils verloren - an Amerikaner, Kanadier, Japaner. Staatssekretär Hauff:

- O-Ton -

Hauff:

„Ja, zunächst mal würde ich doch warnen davor, das zu dramatisieren, was sich hier abspielt. Die deutsche nachrichtentechnische Industrie hat eine Spitzenstellung in den Weltmärkten, und eine solche Position erschüttert sich auch nicht von heute auf morgen. Auf der anderen Seite - und das ist richtig, und darüber denken wir intensiv nach - gibt es auf diesem Gebiet einen rasanten technischen Wandel.“

Tun die anderen mehr, um auch morgen noch an der Spitze zu sein?

- O-Ton -

Hauff:

„Es ist so, daß es andere Länder gibt, beispielsweise Japan, die mit sehr massiven öffentlichen Unterstützungen in diesem Gebiet arbeiten, und im Falle der Vereinigten Staaten von Amerika ist es so, daß dort die Entwicklung sehr drastisch vorangetrieben wird durch die Aufträge der Regierung auf dem Rüstungssektor. In beiden Fällen kommt es durch staatliche Maßnahmen zu einem Push der Technologie in diesem Bereich, der für die zukünftige Entwicklung eine Bedrohung der Industrie in unserem Lande darstellen kann, falls man hier nicht rechtzeitig gegensteuert.“
